

Der Vollzugsdienst

4-5/2020 – 67. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Politischer Aktionismus zum Schutz der Demokratie ?

Protest gegen geplantes Meldesystem des Berliner Justizsenators

Seite 1

1990 - 2020: BSBD Brandenburg besteht seit 30 Jahren

Am 15. September 1990 fand der erste Vertretertag statt

Seite 30

Abschiebehafteinrichtung in Darmstadt aus dem Boden gestampft

Neues Haftgebäude mit 80 Haftplätzen kurz vor der Fertigstellung

Seite 41



Foto: © Sven Skultety

Personalratswahl 2020

BSBD NRW – Deine berufliche Zukunft in guten Händen

Lesen Sie mehr dazu auf Seite 55 in dieser Ausgabe



BUNDESHAUPTVORSTAND



BREMEN



HAMBURG

INHALT


BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Politischer Aktionismus zum Schutz der Demokratie?
- 2 Abschließende Worte zum Revisionsurteil des BGH
- 3 Elon Musk und der Justizvollzug – Betrachtungen zum dritten Einstiegsamt
- 4 Präsenzsitzung der Bundesleitung – Informationsaustausch mit dem Ortsverband Fulda
- 6 dbb Bundesfrauenvertretung: Generationswechsel in turbulenten Zeiten
- 7 Erhöhung der Pauschbeträge war überfällig
- 8 Der Justizvollzug und die Corona-Krise

LANDESVERBÄNDE

- 9 Baden-Württemberg
- 23 Bayern
- 26 Berlin
- 30 Brandenburg
- 34 Bremen
- 37 Hamburg
- 41 Hessen
- 50 Mecklenburg-Vorpommern
- 54 Niedersachsen
- 55 Nordrhein-Westfalen
- 69 Rheinland-Pfalz
- 75 Saarland
- 79 Sachsen
- 81 Sachsen-Anhalt
- 87 Schleswig-Holstein
- 88 Thüringen
- 91 Fachteil
- 79 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion



Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	bsbd.brb-geschaeftsstelle@email.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Thomas Steen	steen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 6/2020:



8. Dezember 2020

Neue Leitung in der Justizvollzugsanstalt Stralsund

Justizministerin Hoffmeister übergibt Ernennungsurkunde

Zum neuen Leiter der JVA Stralsund wurde unser BSBD-Mitglied Herr Karel Gottschall ernannt! Wir freuen uns für ihn und beglückwünschen Herrn Gottschall zu seiner Ernennung und neuen Aufgabe.

*Für den BSBD-Landesvorstand
Hans-Jürgen Papenfuß, Vorsitzender*

Dazu die Pressemitteilung des JM MV zu Ernennung von Karel Gottschall:

**„Justizministerin Katy Hoffmeister:
„Mit Karel Gottschall übernimmt
ein vollzugserfahrener Jurist zum
1. Juni die vakante Stelle. Ich wün-
sche ihm viel Erfolg“**

Die Leitungsstelle der Justizvollzugsanstalt Stralsund wird zum 1. Juni 2020 wieder besetzt sein. Mit **Karel Gottschall** übernimmt ein vollzugserfahrener Jurist die Anstaltsleitung. Die Bediensteten der JVA Stralsund kennen ihn bereits als langjährigen Vollzugsleiter und Vertreter der Anstaltsleitung. Seit 2017 hatte er sowohl die Vollzugsleitung als auch die stellvertretende Anstaltsleitung in der JVA Waldeck inne. Ich wünsche **Karel Gottschall** für seine Rückkehr nach Stralsund viel Erfolg“, so **Justizministerin Hoffmeister** zur Übergabe der Ernennungsurkunde in Schwerin.



Der neue Leiter der Justizvollzugsanstalt Stralsund Karel Gottschall und Justizministerin Katy Hoffmeister.

Foto: JM M-V

Zur Person: Karel Gottschall wurde 1982 in Rostock geboren, wo er auch sein erstes juristisches Staatsexamen absolvierte. Das zweite juristische Staatsexamen legte er 2011 nach seinem Rechtsreferendariat in Hamburg ab. **Karel Gottschall** wurde 2013 an das Justizministerium M-V versetzt und arbeitete zwei Jahre als Referent in der

Abteilung 2 Justizvollzug, Ambulante Straffälligenarbeit und Gnadenwesen. Im Jahr 2015 wurde er an die JVA Stralsund als Vollzugsleiter versetzt, ein Jahr später wurde er zum Vertreter der Anstaltsleitung bestellt. **Karel Gottschall** wurde 2017 an die JVA Waldeck versetzt, wo er ebenfalls Vollzugsleiter und stellvertretender Anstaltsleiter war.“ ■

dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht bezieht Stellung

Der dbb Landesvorsitzende Mecklenburg-Vorpommern, Dietmar Knecht, arbeitete am 16. September das Folgende einem Pressevertreter zu:

► **Fragestellung:**

Wie viele Stellen von Richtern, Staatsanwälten und im Allgemeinen Vollzugsdienst in M-V sind derzeit nicht besetzt und wo liegen dafür die Gründe?

Nach meinen Erhebungen fehlen mindestens 20 Richter, mindestens 25 Staatsanwälte und mindestens 30 AVD Stellen im Strafvollzug.

Würde man hier das Strafvollzugsgesetz in Gänze anwenden, dürfte sich die Zahl auf 60 bis 70 offene Stellen erhöhen. Das Land versucht aktuell Fehler der Vergangenheit, was Attraktivität und das Besoldungsranking angeht, auszubessern. Bspw. bei Richtern und Staatsanwälten die Streichung der ersten Erfahrungsstufe, was einer Erhöhung der Eingangsbesoldung gleichkommt. Weiterhin sollen Rechtsrefe-



Dietmar Knecht, Landesvorsitzender dbb M-V.

rendare mit Beginn des Referendariats verbeamtet (auf Widerruf) werden, was dem Wunsch junger Leute in dem Bereich entspricht.

Bei allem, was versucht wird, kommt der Gedanke auf, dass die Maßnahmen zu spät ergriffen werden, hinzu kommt die demografische Entwicklung in dem Bereich.

Ausgebildete Leute fallen nicht vom Himmel und müssen langwierig ausgebildet werden. Bereits heute gibt es in bestimmten juristischen Berufen weniger als die Hälfte Bewerber für die ausgeschriebenen Stellen!

Das Land müsste eigentlich jeden nehmen, egal was derjenige „auf der Kirche“ hat.

Mecklenburg-Vorpommern bildet mit dem Saarland und Rheinland-Pfalz das Schlusslicht bei der Bezahlung von jungen Richtern und Staatsanwälten.

Neben den demotivierenden Auswirkungen der Gerichtsstrukturreform auf alle Mitarbeiter an den Gerichten kommen beim Strafvollzug noch die Schließung der JVA Neubrandenburg hinzu. Hier haben sich Betroffene wegbeworben, bspw. zum Zoll nach Stralsund. Sie erinnern sich sicher an den Brandbrief von IM Caffier und JM Hoffmeister an

Olaf Scholz, hier als BFM und oberster Dienstherr des Zolls keine Wechsel zuzulassen.

► **Wie schätzen Sie die Ursachen ein?**

Weitere Demotivation, erhöhte Krankenstände, auszugleichende Mehrarbeit durch das meist lebensältere Personal, Erhöhung von vorzeitiger Pension oder Rente selbst unter Inkaufnahme von renten- bzw. pensionsrechtlichen Abzügen bis zur Bahre. Dabei kommt die große Welle an Altersabgängen erst noch.

► **Darüber hinaus bitte ich Sie um Material zu Besoldung/Gehalt/Einstufung von Mitarbeitern dieser drei Berufsgruppen im Vergleich der Bundesländer.**

Fragestellung: Sind Unterschiede zu anderen Bundesländern mit ursächlich dafür, dass Stellen unbesetzt bleiben?

Generell ist der Fachkräftemangel in der Justiz ein bundesweites Problem und da sind eindeutig die Länder im Vorteil, die bessere Rahmenbedingungen bieten. Eine kurzfristige Abfrage bei meinen Amtsbrüdern und -schwestern hat ergeben, dass alle Länder dabei sind, weitere Anreize für die Justiz zu schaffen,

also muss man mit den geplanten Maßnahmen hier aufpassen, nicht erneut den Anschluss zu verlieren.

Gerade junge, noch ungebundene Menschen schauen meiner Erfahrung nach sehr genau hin. Slogans wie „Arbeiten wo andere Urlaub machen“ prallen dort ab. Zudem wäre es hilfreich, die juristischen Ausbildungskapazitäten an unseren Universitäten zu erhöhen, um die Quote derer zu erhöhen, die man an unser schönes Land bereits während des Studiums binden kann.

► **Ich würde gern einen Vergleich erstellen, zum Beispiel: Das verdient ein Staatsanwalt, ein Richter, ein AVD-Beamter im Eingangsamts in M-V, das in anderen Bundesländern.**

Ich würde Richter und Staatsanwälte bei der Eingangsbesoldung gleichstellen, Unterschiede erfolgen da erst mit weiteren Dienstjahren. Ich habe jeweils die Besoldung aus M-V, die höchste, die niedrigste und die höchste aus den Neuen Bundesländern gegenübergestellt. Zur Ergänzung: Mecklenburg-Vorpommern hatte nach der Wende speziell nach der Föderalismusreform immer versucht im nord- aber auch im ost-deutschen Ranking einen Spitzenplatz

einzunehmen. Seit den polzinschen Besoldungsexperimenten auf dem Rücken der Betroffenen sind wir in einigen Besoldungsgruppen auf den letzten Plätzen gelandet. Wie o. a. versucht das Land hier endlich gegenzusteuern und attraktiver zu werden, um gerade bei jungen Leuten überhaupt das Interesse auf den ÖD zu lenken.

AVD A 7

Jahresbesoldung inkl. Einrechnung von Sonderzahlungen:

M-V	27.928,10 €
Bayern	30.211,15 €
Niedersachsen	27.545,34 €
Thüringen	28.181,34 €

Seit 2008 liegt die Besoldungserhöhung in Mecklenburg-Vorpommern mit 21 % weit unter der durchschnittlichen 27 %. Spitzenreiter ist hier erstaunlicherweise Thüringen mit 31 %.

R 1

für einen jungen ledigen Richter/ Staatsanwalt unter Einbeziehung etwaiger Sonderzahlungen monatlich:

M-V	4149,64 €
Bayern	4580,01 €
Saarland	3900,90 €
Brandenburg	4369,73 €

Aktuelles aus dem Justizvollzug und der Justizwachtmeister

Corona: In den JVAen von M-V gab es im Personalkörper keine bekannt gewordenen Erkrankungen

In Mecklenburg-Vorpommern hat die Landesregierung die Neuregelung der Beamtenbesoldung in Angriff genommen. Rechtzeitig (!!!) zu den Sommerferien kam der Gesetzesentwurf zu den Gewerkschaften und den weiteren Gremien zur Stellungnahme.

Der Fokus der Landesregierung war im Ursprung nur darauf gerichtet, Reformen in der Besoldung des höheren Dienstes vorzunehmen, um die Attraktivität dieser Berufe zu erhöhen – besseren Nachwuchs zu gewinnen.

Von allen Seiten (den **dbb Gewerkschaften** sowie den Personalvertretungen) wurde ergänzt, dass es nicht nur um den höheren Dienst gehen kann, sondern auch bezüglich aller anderen Laufbahngruppen sind Reformen und Verbesserungen erforderlich. Es muss neue Gedanken nicht nur bezüglich von Ärzten, IT-Spezialisten sowie Juristen im öffentlichen Dienst geben.

Unbestritten ist es schwierig, qualifizierte Bewerber für Ausbildungsberufe zu bekommen, aber auch Fachleute für den Bereich Informationstechnik

und medizinische Berufe sind im Rahmen der Beamtenbesoldungsstruktur schwer zu gewinnen.

Insbesondere als Personalvertretungen haben wir den Fokus auch darauf gelegt, dass die Attraktivität in der Laufbahngruppe 1 auch dadurch zu verbessern ist, dass die Erfahrungsstufen nicht im Alter von etwa 48 Jahren enden, sondern bis zum Ruhestand fortgeschrieben werden. Wenn dann schon nicht ausreichende Beförderungsmöglichkeiten vorhanden sind.

Ausbildung für den Allgemeinen Vollzugsdienst hat begonnen

Seit der letzten Ausgabe „**Vollzugsdienst**“ konnten für die **Ausbildung** im Justizvollzug wieder Anwärter für die Laufbahn des Allgemeinen Vollzugsdienstes eingestellt werden.

Die Ausbildungen haben begonnen, auch für die letzte Gruppe, wenn der „**Vollzugsdienst**“ 4-5/2020 erscheint. Aktuell werden die nicht erfolgten Verordnungen sowie Feierstunden (insbesondere auch mit den Familienangehörigen) in ausreichend großen Räumen nachgeholt. Dies so, wie es aufgrund

der Vorgaben wegen der Corona-Situation erforderlich ist. Aus Sicht des Landesvorsitzenden haben wir in Mecklenburg-Vorpommern bislang Glück mit der Pandemie gehabt. In den Justizvollzugsanstalten gab es im Personalkörper keine bekannt gewordenen Erkrankungen. Unsere Verhaltensvorgaben (**Abstandsgebot, Maskenpflicht, Personenzahl in Diensträumen, Hygiene**) als Bedienstete, wurden jeweils aufgrund der Vorgaben der Landesregierung im Laufe der Zeit aktualisiert und angepasst.

Zum Teil hatte die Pandemie auch **Auswirkungen auf die Dienstplangestaltung**. Zum Teil jedoch auch nicht. Seit Monaten arbeiten die Kolleginnen und Kollegen des Allgemeinen Vollzugsdienstes in der JVA im 12 Stunden Rhythmus – das gefällt sehr vielen Kolleg*innen – und soll bis Ende des Jahres fortgeschrieben werden.

Dies ist als Grundsatz jedoch nicht in allen Justizvollzugsanstalten des Landes Mecklenburg-Vorpommern der Fall – jede Anstalt organisiert den Dienst nach den individuellen Notwendigkeiten der Justizvollzugsanstalt.



Hans-Jürgen Papenfuß. Foto: BSBD M-V

Justizwachtmeister lassen Besoldungssituation überprüfen

Zu den **Justizwachtmeistern in Mecklenburg-Vorpommern** ist anzumerken, dass diese aktuell ihre Besoldungssituation durch das **dbb** Dienstleistungszentrum in Hamburg rechtlich überprüfen lassen unter Bezugnahme auf die Rechtslage und der A4 als Einstiegsbesoldung.

Für die Justizwachtmeister wurde durch das Justizministerium – auch in Absprache mit den Kolleginnen und Kollegen – ein Fortbildungskonzept implementiert, das den vielfältigen und neuen Aufgaben auch im Bereich der Sicherheit und Einlasskontrolle Rechnung tragen soll.

Dieses Konzept wird als gut und erforderlich von den Kolleginnen und Kollegen beurteilt.

Besonderes

Mit Sorge betrachten wir es als Gewerkschaft, dass immer wieder hoch auffällige Gefangene (psychisch Erkrankte?) uns im Vollzugsalltag große Sorgen bereiten und immer wieder Schwierigkeiten machen.

Hier kommt aus meiner Sichtweise als Landesvorsitzender und auch in meiner Profession als Psychologischer Psychotherapeut hinzu: Mich irritiert es immer wieder, dass Inhaftierte von Psychiatern als nicht so krank beurteilt werden, dass sie in die Maßregel eingewiesen werden müssen.

Ich kenne Aussagen, dass sie im Vollzug (im Sinne von ausreichend) behandelt werden können. Da fallen mir

jedoch immer wieder Gefangene auf, die aus meiner Sicht in einer psychiatrischen Klinik wesentlich besser behandelt werden können, als wir dazu in der Lage sind.

Aber als psychologischer Psychotherapeut kann man sich kaum gegen Psychiater fachlich durchsetzen.

Zu beobachten ist es auch, dass im Justizvollzug in Mecklenburg-Vorpommern nicht nur Drogen mit üblichen bekannten Substanzen eine Rolle spielen.

Reger Handel mit dem Suchtmedikament Subutex

In Mecklenburg spielt die **Substitution von Gefangenen mit Subutex** eine immer größere Rolle.

Diese Substitution ist meines Erachtens bei Heroinabhängigen indiziert, von denen es aus Sicht des Unterzeichners jedoch im gesamten Justizvollzug nicht so viele gibt, wie Gefangene mit Subutex behandelt werden. Trotz der Überwachung der Einnahme dieser

Tabletten durch medizinisches Fachpersonal herrscht ein reger Handel mit diesem „Suchtmedikament“, welches gedacht ist um Heroinabhängige zu substituieren.

Bei den **Folgen der Pandemie für die Insassen der Justizvollzugsanstalten**, sollten wir aber auch die Belastungen, die die Gefangenen zu ertragen haben nicht vergessen: Beispielhaft sei für die Justizvollzugsanstalt Bützow angemerkt, dass der Nachteinschluss für alle Gefangenen (weibliche und männliche) durchgängig bereits um 17:00 Uhr erfolgt.

Die Insassen erleben zudem die Besuchssituation (Trennscheiben) als Belastung für die Angehörigen und den Umgang mit diesen.

Nach Vollzugslockerungen werden die Insass*innen jeweils 14 Tage in Quarantänebereichen untergebracht.

*Hans-Jürgen Papenfuß
Landesvorsitzender
Mecklenburg-Vorpommern*

Stammtischgeflüster

Zwanglose Treffen ermöglichen Erfahrungsaustausch



Restaurant „Quer Beet“.

Foto: Maria Schöne/Lena Huber

Neustrelitz. Am Abend des 9. September trafen sich die Mitglieder des Ortsverbandes zum ersten Neustrelitzer BSBD-Stammtisch im Restaurant „Quer Beet“.

Wer nun an Klatsch und Tratsch denkt, der vermutet durchaus richtig. So ganz ohne offizielles Protokoll soll der Stammtisch ein Ort sein, an dem ein zwangloses Treffen möglich ist, zum Meinung- und Erfahrungsaustausch im Dienstalltag, für Gewerkschaftsarbeit und alle anderen Dinge, die das Leben so mit sich bringt. Und selbstverständ-

lich werden auch Gerüchte und Informationen aus zweiter und dritter Hand ausgetauscht und kommentiert. Die eifrige Wirtin derweil sorgte mit ihrem Hopfengold dafür, dass der Mund nicht trocken wurde und auch für den knurrenden Magen konnte Abhilfe geschaffen werden. Auch wenn es noch keine bestimmten Termine gibt, so sollen doch weitere Stammtischtreffen folgen, für alle Mitglieder offen, die Interesse zeigen. Zumindest im Oktober, soviel sei hier schon verraten, möchte der Ortsverband ein Grillfest veranstalten.

Matthias Nicola

Senioren im BSBD M-V

Seniorenvorstand tagte am 20. August 2020 in Schwerin beim dbb

Auf der Tagung erfolgte die Auswertung des ersten Seniorentreffens in Hamburg mit dem Ziel, diese Beratungen einmal jährlich nach Corona durchführen zu wollen.

Zunächst galt es, sich kennenzulernen und den jeweiligen Stand in der Seniorenarbeit festzuhalten. Weiterhin wurde über das Rentenunrecht in der BRD diskutiert und Inhalte, die die BAGSO darlegt. Angeregt wurde eine intensivere Zusammenarbeit der ostdeutschen Länder, da hier die Seniorenprobleme gleich gelagert sind.

Als nächste Sitzungstermine sind vorgesehen:

- am 18. November 2020: Senioren HAS
- vom 19. bis 20. Oktober 2020: BSBD-Senioren-Treffen in Würzburg.

Im Rahmen des **BSBD-Senioren-Treffens** werden die Anträge an den Bundesseniorenkongress beraten.

Weitere Themen werden sein:

- Unterhaltsentlastungsgesetz
- Grundrente
- Corona Warn App
- Schwerpunkte der BAGSO
- Zeitschrift „Aktiv in den Ruhestand“ und „Erbrecht und Pflege“
- sowie ein Senioren-Flyer.

Helmut Halwachs



Geschäftsstelle des dbb Nvidia und Tarifunion in Schwerin.

Foto: dbb

Nachdenkliches von Wolfgang Brückner

Justizvollzugsbedienstete werden immer noch mit der niedrigsten Besoldungsstufe in die Pension geschickt

Die Zeit eines Pensionärs ist ihm sehr heilig. Doch wenn er so durch die Lande zieht, trifft er doch noch diesen oder jenen seiner ehemaligen Mitarbeiter. In den Gesprächen muss er immer wieder feststellen, dass bei einigen etwas Unmut geäußert wird. Noch immer stehen wir hier der untersten Stufe einer Gehaltsfrage gegenüber. Wolfgang Brückner sagt: „Ich kann mich gut erinnern, dass das Thema einer wesentlichen Gehaltsthematik bei den Tarifgesprächen in vergangener Zeit immer ein relevanter Diskussionspunkt war.“



Wolfgang Brückner.

Foto: BSBD M-V

Nun muss man feststellen, dass es immer noch Mitarbeiter gibt, die sich nach fast 26 Jahren im Eingangsamt A7 befinden und man annehmen muss, dass sie nach weiteren acht Jahren mit diesem Amt in den Ruhestand verabschiedet werden. Für mich stellt sich die Frage, wie lange wollen wir diesem Zustand noch gegenüberstehen. Wird so die Arbeitsleistung des Mitarbeiters gewürdigt bzw. honoriert? Diesen Zustand hatten wir bereits in den 90er und Anfang der 2000er in der Diskussion und nun immer noch oder schon wieder? Wie lange wollen wir diesen Umstand noch beibehalten oder vor uns herschieben?

Ist das die Anerkennung der Arbeit, die die Kolleginnen und Kollegen jahrein, jahraus und das 365 Tage lang nicht nur für uns Bürger die Sicherheit gewährleisten, damit jeder in Ruhe und sicher seine Arbeit und Freizeit genie-

ßen kann. Für mich ist es beschämend, wenn eine Kollegin oder Kollege mit der niedrigsten Besoldungsstufe in die Pension geschickt wird.

Es wird von jedem Einzelnen eine verantwortungsvolle Arbeit verlangt. Dazu fordern wir aber auch eine besondere Anerkennung in Vorbereitung auf den Ruhestand. Hoffen wir, dass hier in absehbarer Zeit ein Umdenken bei den dafür Zuständigen erfolgt.

Verfolgen wir gemeinsam die Tarifverhandlungen des Bundes und der Kommunen mit Spannung, denn diese Verhandlungen bilden den Grundstein für die Tarifverhandlungen der Länder 2021. Auch diese werden sehr holprig werden, denn man wird uns so gering wie möglich abspeisen wollen. Sehen wir optimistisch diesen Verhandlungen entgegen, und wenn es notwendig werden sollte, setzen wir auch unsere „bemessenen“ Mittel ein.

Wie heißt es doch so schön, „gemeinsam sind wir stark und dann schaffen wir es auch.“ Die Mitglieder des BSBD M-V werden ihren Beitrag dazu leisten.

Wolfgang Brückner

Anmerkung des Landesvorsitzenden Hans-Jürgen Papenfuß:

Was wollen wir dazu noch sagen? **Wolfgang Brückner** beschreibt die Realität im Justizvollzug in Mecklenburg-Vorpommern. Er übertreibt nicht, sondern ist real in seinen Äußerungen. **Alle Bediensteten** sind gefragt, sich zukünftig **verstärkt an die örtlichen Landtagsabgeordneten zu wenden**, denn auch diese müssen begreifen, wie die Arbeitsrealität und die Entlohnung von Justizvollzugsbediensteten aussieht: Ein **wichtiger Beruf im System der öffentlichen Sicherheit**, der in der Politik, den Medien nur wenig Anerkennung findet – vielfach übersehen wird.

Die Landtagsabgeordneten, und insbesondere diese, müssen begreifen, dass zwischen dem Vollzug und der Landespolizei ein Unterschied besteht: Die Polizei ist kurz mit den Tätern konfrontiert und bringt sie dann in den Justizvollzug, wo sie oft lebenslang verbleiben.

Unsere gemeinsame Aufgabe im Justizvollzug besteht darin, alles dafür zu tun, dass Inhaftierte nach der Inhaftierung so viel gelernt haben, dass das Risiko für die Öffentlichkeit deutlich vermindert wird und sie möglichst nie/nicht wieder straffällig werden.